

-
- Urteilsverkündung gegen Oppositionschefin Suu Kyi verschoben
 - Straferlass für politische Häftlinge
-

Urteilsverkündung gegen Oppositionschefin Suu Kyi verschoben

Focus_31 juli 2009

Der ursprünglich am Freitag erwartete Urteilsspruch gegen Birmas Oppositionschefin Suu Kyi wurde anscheinend verschoben. Ein Schuldspruch wegen angeblichen Verstoßes gegen ihre Hausarestauflagen gilt allerdings als wahrscheinlich. Die Oppositionschefin Suu Kyi soll laut der Militärregierung Birmas unerlaubt einen US-Bürger beherbergt haben. Entlastungszeugen von Suu Kyi in Birma abgelehnt Im Prozess gegen Birmas Oppositionschefin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi ist die Urteilsverkündung Kreisen zufolge verschoben worden.

Das ursprünglich für den heutigen Freitag erwartete Urteil werde erst am 11. August verkündet, sagten zwei mit der Situation vertraute Personen der Nachrichtenagentur Reuters. Die Militärregierung von Birma wirft Suu Kyi vor, gegen die Auflagen ihres Hausarrests verstoßen und einen US-Bürger beherbergt zu haben. Suu Kyis Anwalt hat die Vorwürfe bestritten. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die 64-Jährige schuldig gesprochen wird. Dann drohen ihr fünf Jahre Haft.

Suu Kyi hat 14 der vergangenen 20 Jahre entweder im Gefängnis oder unter Hausarrest verbracht. Beobachter vermuten, dass die Machthaber in Rangun die Regierungsgegnerin mit dem neuen Prozess von einer Teilnahme an den fürs kommende Jahr geplanten Wahlen abhalten wollen. Im Mittelpunkt des Prozesses steht der Besuch des Amerikaners John Yettaw bei Suu Kyi. Er war im Mai durch einen See zum Haus der Oppositionsführerin geschwommen. Sie hatte ihm dort vorübergehend Unterschlupf gewährt. Das Verfahren gegen Suu Kyi war international kritisiert worden. Die Menschenrechtsorganisation amnesty international ehrte die Politikerin kürzlich mit ihrer höchsten Auszeichnung „Botschafterin des Gewissens“.

Straferlass für politische Häftlinge

Focus_14 juli 2009

Birmas UN-Botschafter U Than Swe sagte vor dem UN-Sicherheitsrat in New York, es werde eine Amnestie für politische Häftlinge vorbereitet. Durch den Straferlass soll den Gefangenen eine Teilnahme an den Wahlen im kommenden Jahr ermöglicht werden. Der UN-Botschafter fügte hinzu, mit der Freilassung werde einer Bitte des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon entsprochen.

Birmas Militärjunta erwägt offenbar einen Straferlass für politische Häftlinge anlässlich der Wahlen im kommenden Jahr. Auf die Bitte von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon werde eine Amnestie für Gefangene «aus humanitären Gründen» vorbereitet, sagte Birmas UN-Botschafter U Than Swe am Montag vor dem UN-Sicherheitsrat in New York. Ban erneuerte seine Forderung nach einer Freilassung von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi.

Durch die Amnestie solle den Häftlingen eine Teilnahme an den Wahlen im kommenden Jahr ermöglicht werden, sagte Than Swe. Die Herausforderungen für Birma seien jedoch «komplex und vielfältig». Mit der Freilassung werde einer Bitte Bans entsprochen, fügte der UN-Botschafter hinzu, der ansonsten keine weitere Angaben zu der möglichen Amnestie machte. Das Land bemühe sich jedoch, die «angemessenen Empfehlungen» zu erfüllen, die Ban bei seinem kürzlichen Besuch in Birma gegeben habe.

Ban hatte das südostasiatische Land vor gut einer Woche besucht und unter anderem die Freilassung der rund 2000 politischen Gefangenen in Birma gefordert. In den Gesprächen mit der Militärjunta scheiterte er jedoch mit seiner Forderung nach einem Besuch bei der inhaftierten Oppositionsführerin Suu Kyi. Die angekündigte Amnestie bezeichnete Ban nun als «ermutigend». Noch sei jedoch unklar, wer von der Regelung profitieren könne. Ban erneuerte seine Forderung nach einer Freilassung Suu Kyis. Der UN-Generalsekretär hatte die Militärjunta kurz zuvor zu freien und fairen Wahlen aufgerufen. «Die Welt schaut jetzt sehr genau hin, ob sie im Interesse ihres Landes handeln oder unsere Bedenken und

Erwartungen und die Bedürfnisse ihrer Bürger ignorieren», sagte Ban an die Adresse der birmanischen Führung.

Die US-Vertreterin im UN-Sicherheitsrat, Rosemary DiCarlo, forderte ebenfalls eine Freilassung Suu Kyis. Birma müsse seinen Worten nun Taten folgen lassen. Es könne im kommenden Jahr keine demokratischen Wahlen in Birma geben, wenn Schlüsselfiguren der Opposition wie Suu Kyi und rund 2000 weitere Häftlinge im Gefängnis seien, sagte sie vor dem UN-Gremium. Die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi verbrachte mehr als 13 der vergangenen 19 Jahre unter Hausarrest oder im Gefängnis. Derzeit wird ihr von der birmanischen Junta erneut der Prozess gemacht, weil sie vor einigen Wochen Besuch von einem US-Bürger erhielt, der durch einen See zu ihrem Haus geschwommen war. Ihr drohen fünf Jahre Haft.

Prozess gegen Birmas Oppositionspolitikerin Suu Kyi vor dem Ende

Reuters_24. Juli 2009

Der Prozess gegen die birmanische Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi steht kurz vor seinem Ende. Die Anhörung sei abgeschlossen, und die Ankläger würden am Montag das letzte Mal vorsprechen, sagte Suu Kyis Anwalt Nyan Win der Nachrichtenagentur Reuters am Freitag. Wann das Gerichtsurteil gefällt werde, könne er nicht sagen.

Der Prozess gegen Suu Kyi hatte im Mai begonnen und fand meist hinter geschlossenen Türen statt. Nur einige europäische Diplomaten konnten am Freitag dem Prozess beiwohnen. Die Regierungsgegnerin hat 14 der vergangenen 20 Jahre entweder im Gefängnis oder unter Hausarrest verbracht. Jetzt drohen ihr fünf weitere Jahre Haft. Die Militärjunta des asiatischen Landes wirft ihr vor, gegen die Auflagen des Hausarrests verstoßen und den US-Bürger John Yettaw beherbergt zu haben. Beobachter vermuten, dass die Machthaber die 64-Jährige mit Hilfe des Prozesses von einer Teilnahme an den geplanten Wahlen im kommenden Jahr fernhalten wollen.

Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Militärjunta den internationalen Forderungen nach einer Freilassung Suu Kyis nachkommt. US-Außenministerin Hillary Clinton bot Birma, auch bekannt unter dem Namen Myanmar, jüngst bessere Beziehungen an und knüpfte dies teilweise an Suu Kyis Freiheit. Die Regierung ging darauf nicht ein.

Clinton lockt Nordkorea und Birma mit Angeboten

(AFP)_22 juli 2009

US-Außenministerin Hillary Clinton hat Nordkorea und Birma Gegenleistungen in Aussicht gestellt, falls die beiden isolierten Regime internationale Forderungen erfüllen. Bei Aufgabe seines Atomprogramms könne Nordkorea etwa mit einer Normalisierung der Beziehungen zu den USA rechnen, sagte Clinton in Thailand. Birma stellte sie bei einer Freilassung der Oppositionellen Aung San Suu Kyi US-Investitionen in Aussicht.

Nordkorea solle jedoch nicht allein für eine Rückkehr zu Verhandlungen oder die Erfüllung bereits gemachter Versprechen belohnt werden, sagte Clinton. Das kommunistische Regime müsse eine "vollständige und unumkehrbare" Aufgabe seines Atomprogramms einleiten. Dann würden die USA und ihre Verbündeten "ein Paket von Belohnungen und Möglichkeiten anstoßen, darunter die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen", sagte die US-Außenministerin nach einem Treffen mit den anderen an den Atomgesprächen mit Nordkorea beteiligten Staaten, Russland, China, Japan und Südkorea. Die Verhandlungen sind seit Dezember festgefahren. Nordkorea verschärfte die Lage durch zahlreiche Raketentests sowie einen Atomwaffentest im Mai.

Das international ebenfalls isolierte Militärführung in Birma forderte Clinton auf, die inhaftierte und vor Gericht stehende Oppositionsführerin Suu Kyi freizulassen. Dieser Schritt könne aus der Sicht der US-Regierung zu erweiterten Beziehungen und US-Investitionen führen, sagte Clinton, die am Donnerstag an einem Sicherheitstreffen der südostasiatischen Staatengruppe ASEAN teilnehmen will. Die ASEAN-Staaten forderte sie zu einem Ausschluss Birmas auf, falls die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi nicht aus der Haft entlassen werde.

Clinton warnte zudem in einem Interview vor einer möglichen Zusammenarbeit Nordkoreas und Birmas bei der Atomwaffentechnik. Ein solcher Austausch würde die Region destabilisieren. Im vergangenen Monat hatten US-Behörden Nordkorea vorgeworfen, per Schiff Waffen nach Birma zu liefern.

Clinton und ihre Kollegen der ASEAN-Gruppe unterzeichneten ein Freundschaftsabkommen zwischen den USA und dem Regionalbündnis. Die US-Regierung stärkt damit ihre Stellung in einer Region, die immer stärker unter dem Einfluss Chinas steht. Peking unterschrieb das Abkommen mit der ASEAN-Gruppe bereits vor sechs Jahren.

Birmas Opposition reagiert reserviert auf mögliche Amnestie

(AFP)_13 juli 2009

Birmas Opposition hat zurückhaltend auf die Ankündigung der Militärführung des südostasiatischen Landes reagiert, politischen Häftlingen Straferlass zu gewähren. "Wir würden es begrüßen, wenn sie im Rahmen einer Amnestie politische Häftlinge freilassen", sagte der Sprecher der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), Nyan Win. "Aber bei vergangenen Amnestien waren nur sehr wenige politische Häftlinge betroffen."

Birmas UN-Botschafter U Than Swe hatte am Montag vor dem UN-Sicherheitsrat in New York angekündigt, die birmanische Führung plane zu den Wahlen im kommenden Jahr einen Straferlass für politische Häftlinge. Damit werde auf eine Bitte von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon reagiert. Bislang haben die Staatsmedien des isolierten Landes die Ankündigung jedoch noch nicht verbreitet.

NLD-Sprecher Nyan Win zeigte sich pessimistisch über eine Freilassung der Parteichefin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Dies hänge von den birmanischen Behörden ab und "wir haben keine großen Hoffnungen", sagte der NLD-Sprecher, der in einem laufenden Prozess auch der Verteidiger der Oppositionsführerin ist. Derzeit wird Suu Kyi von der birmanischen Junta erneut der Prozess gemacht, weil sie vor einigen Wochen Besuch von einem US-Bürger erhielt, der durch einen See zu ihrem Haus geschwommen war. Ihr drohen fünf Jahre Haft.

- **Prozess gegen Suu Kyi in Birma geht weiter**
- **Ban scheitert in Birma mit Bitte um Besuch bei Suu Kyi**

Prozess gegen Suu Kyi in Birma geht weiter

Focus_9 juli 2009

Unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen ist in Birma der Prozess gegen die Dissidentin Aung San Suu Kyi fortgesetzt worden. Als erstes sollte eine Anwältin als Zeugin der Verteidigung aussagen.

Die Friedensnobelpreisträgerin ist angeklagt, weil sie nach Lesart der Militärjunta die Auflagen ihres Hausarrests verletzt hat. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hatte vor einer Woche vergeblich

versucht, Suu Kyi zu sprechen.

Ban scheitert in Birma mit Bitte um Besuch bei Suu Kyi

AFP_5 juli 2009

Generalsekretär Ban Ki Moon kehrt mit leeren Händen aus Birma zurück. Trotz hartnäckiger Bitten verweigerte ihm die birmanische Militärjunta einen Besuch bei der inhaftierten Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi. Nach einem weiteren Treffen mit dem Militärherrscher General Than Shwe zeigte sich Ban "sehr enttäuscht", ein Sprecher von Suu Kyis Partei bezeichnete das gescheiterte Treffen als "großen Verlust". Die Entscheidung der birmanischen Militärführung sei ein "Rückschlag für die internationale Gemeinschaft und eine verpasste Chance" für das südostasiatische Land, sagte Ban nach dem Gespräch mit Than Shwe am Regierungssitz in der abgelegenen Dschungelstadt Naypyidaw. Als Begründung für das verweigerte Treffen habe der Junta-Chef den laufenden Prozess gegen die Friedensnobelpreisträgerin angeführt.

Die birmanische Führung wolle den Eindruck vermeiden, dass sie im Fall Suu Kyi von der UNO unter Druck gesetzt werde, sagte Ban. Die 64-jährige Oppositionsführerin steht wegen angeblicher Verstöße gegen die Auflagen ihres Hausarrests derzeit vor Gericht. Sie hatte vor einigen Wochen Besuch von einem US-Bürger erhalten, der durch einen See zu ihrem Haus geschwommen war. Ban sei bei seinem Besuch nicht alles gelungen, was er sich vorgenommen habe, sagte der Sprecher von Suu Kyis Nationaler Liga für Demokratie (NLD), Nyan Win, der im Prozess auch einer ihrer Verteidiger ist. Er wolle die Reise des UN-Generalsekretärs aber auch nicht als "Fehlschlag" bezeichnen, da Details über Bans Gespräch mit General Than Shwe nicht bekannt seien.

Ban verteidigte seine zweitägige Reise gegen die Kritik von Menschenrechtlern, die befürchteten, dass die Junta den Besuch zu Propagandazwecken ausschlachtet. Die Treffen mit Than Shwe hätten ihm ermöglicht, "sehr offen" die Sorgen der internationalen Gemeinschaft anzusprechen, sagte der UN-Generalsekretär. Ban verwies zudem darauf, dass die birmanische Führung seine weiteren Reformvorschläge und die Forderungen nach der Freilassung der rund 2000 politischen Gefangenen nicht von vornherein zurückgewiesen habe. "Ich glaube, sie werden darüber ernsthaft nachdenken", sagte er. Er gehe davon aus, dass einige Gefangene vor den für 2010 angekündigten Wahlen freigelassen würden.

Im Anschluss an seinen Aufenthalt in Naypyidaw besuchte Ban die Regionen, die im Mai vergangenen Jahres von dem Wirbelsturm "Nargis" verwüstet worden waren. Der Sturm war über das Irrawaddy-Delta im Südosten des Landes und die Gegend um die Hauptstadt Rangun hinweggezogen. Mehr als 138.000 Menschen kamen durch das Unwetter ums Leben oder gelten seitdem als vermisst. Der britische Premierminister Gordon Brown brachte unterdessen weitere Strafmaßnahmen gegen Birmas Militärregierung ins Spiel. Zusätzliche Sanktionen seien dann erforderlich, wenn die Junta sich weiter "halsstarrig" zeige, erklärte Brown. Mit ihrer Weigerung, ein Treffen Bans mit Suu Kyi zuzulassen, habe die Junta den Prinzipien von "humanitärer Unterstützung, demokratischer Regierungsführung und Menschenrechten" eine Absage erteilt.